

Inklusion weiter voranbringen

Jeder fünfte Mensch in Nordrhein-Westfalen hat eine Behinderung oder eine chronische Erkrankung. Das geht aus dem ersten Teilhabebericht hervor, den die Landesregierung vorgelegt hat. In den letzten Jahren und Jahrzehnten ist bereits viel für eine bessere Teilhabe erreicht worden. Um die Inklusion weiter voranzutreiben, setzen sich die Fraktionen von FDP und CDU dafür ein, dass die Landesregierung neue Konzepte und Maßnahmen entwickelt, mit denen Teilhabe etwa bei der Erwerbsarbeit ermöglicht wird. Zudem wollen wir einen Aktionsplan, der die Maßnahmen der Landesregierung für mehr Inklusion bündelt. Auch die Folgen der Corona-Pandemie wollen wir näher untersuchen.

→ [Antrag: Teilhabe neu und innovativ gestalten](#)

Starker Staat – auch bei der Fürsorgepflicht

Um Kindesmissbrauch zu bekämpfen und die Missbrauchsfälle aufzuklären, arbeiten Ermittlerinnen und Ermittler unter extremer psychischer und physischer Belastung. Sie müssen sich dabei mit den tiefsten Abgründen unserer Gesellschaft befassen und werden angesichts dieser extremen Belastung deshalb in den Behörden durch professionelle Angebote wie Seelsorger und psychologische Supervision unterstützt. Die Fraktionen von FDP und CDU wollen darüber hinaus eine Erschwerniszulage in Höhe von 300 Euro pro Monat für die Missbrauchsermittlerinnen und -ermittler bei der Polizei.

→ [Antrag: An der Seite der Ermittlerinnen und Ermittler](#)

Einzelhandel der Zukunft: Impulse für die Innenstädte

Einzelhandel und Gastronomie machen unsere Innenstädte attraktiv und lebenswert. Auch unabhängig von der aktuellen Corona-Krise stehen wir aber mitten in einem Wandlungsprozess, der besonders den stationären Einzelhandel trifft. Eine Umfrage der FDP-Landtagsfraktion NRW zeigt, dass es für notwendige Attraktivitätssteigerungen der Innenstädte keine generellen Allheilmittel geben kann. Lösungsansätze sollten sich an der Größe einer Stadt und der Bevölkerungsstruktur ausrichten. Für die Freien Demokraten ist aber in jedem Fall klar: Sonntagsöffnungen können einen Beitrag zur Attraktivierung des stationären Einzelhandels leisten. Auch die Beschäftigten im Einzelhandel sprechen sich mehrheitlich für eine Ausweitung der Sonntagsöffnung in Nordrhein-Westfalen aus.

Die NRW-Koalition bekennt sich klar zur Unterstützung von Kommunen und dem stationären Einzelhandel im Wandlungsprozess. Vielerorts liegen schon jetzt innovative Konzepte vor, die neue Chancen ermöglichen und somit die Attraktivität unserer Innenstädte erhalten und fördern. Diese Best-Practice-Beispiele müssen genutzt werden. FDP und CDU unterstützen Händlerinnen und Händler bei der Verbindung von Online- und stationärer Kundenbindung. Im Austausch mit den kommunalen Spitzenverbänden und den Vertretern des Handels wollen wir rechtliche und bürokratische Hürden abbauen, um den Einzelhandel in unseren Städten nachhaltig zu stärken.

→ [Antrag: Heimat braucht Handel](#)



Im Land wie im Bund dynamische Infektionszahlen mit SARS-CoV-2 zeigen, dass der Kampf gegen das Virus nicht vorbei ist. Bund und Länder haben sich am Donnerstag auf weitere Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie geeinigt. Am Mittwoch debattierte hierüber auf Antrag der Koalitionsfraktionen von FDP und CDU auch der Landtag in einer Aktuellen Stunde. FDP-Fraktionschef Christof Rasche machte für die Freien Demokraten deutlich: „Bei allen Entscheidungen, die wir innerhalb der FDP-Landtagsfraktion treffen müssen, steht die Vernunft im Vordergrund – nicht die Angst.“ Mit innovativen Konzepten – im gesellschaftlichen wie im wirtschaftlichen Bereich – begegnen wir dem Virus, optimistisch aber nicht leichtsinnig.

→ [Antrag auf Aktuelle Stunde](#)

Weitere Initiativen der FDP-Landtagsfraktion

Opfer von Straftaten schützen und unterstützen

Opfer von Straftaten müssen geschützt und unterstützt werden. In einem Antrag sprechen sich die Fraktion von FDP und CDU für Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen sowie eine bessere Koordination aus. Zudem sollen kindgerechte Wartezonen entstehen und Befragungen und Vernehmungen bei besonders schambesessenen Sachverhalten auf Wunsch von Beamten des gleichen Geschlechts durchgeführt werden.

→ [Antrag: Opferschutz und -rechte in Nordrhein-Westfalen konsequent ausbauen](#)

Erinnerung erhalten: Verbände der Vertriebenen weiterhin unterstützen

Mit dem Verzicht auf Rache und Vergeltung wurde vor 70 Jahren mit der Charta der deutschen Heimatvertriebenen die Spirale der Gewalt nach dem zweiten Weltkrieg durchbrochen und der Weg zur Aussöhnung geebnet. Das Schicksal und die Leistung von Vertriebenen und Flüchtlingen gehören zum historisch-kulturellen Erbe Nordrhein-Westfalens. Bei der Transformation ihrer Arbeit soll das Land die Verbände der Vertriebenen weiterhin unterstützen. Es geht dabei verstärkt um historisch-politische Bildung, Erinnerungskultur und die wissenschaftliche Begleitung.

→ [Antrag: 70 Jahre Charta der deutschen Heimatvertriebenen](#)

Die Zukunft der beruflichen Bildung

Unser duales Ausbildungssystem genießt weltweit einen hervorragenden Ruf. Leider verliert es in der öffentlichen Meinung immer mehr an Wertschätzung. Im Auftrag der FDP-Landtagsfraktion hat das Handelsblatt Research Institute Chancen, Herausforderungen und Potenziale für die Zukunft der beruflichen Bildung analysiert. Die Studie zeigt u.a.: Die Durchlässigkeit zwischen den Ausbildungssystemen muss gestärkt werden und das Thema Berufsorientierung ist insbesondere an Gymnasien und Gesamtschulen zu wenig in den Lehrplänen verankert. In unserem neuen digitalen Veranstaltungsformat „Schlaglichter“ diskutiert Martina Hannen, Sprecherin für schulische Berufs- und Weiterbildung, das Thema mit einem Autor der Studie und einem Experten aus der Praxis.

→ [Studie Zukunft der beruflichen Bildung](#)

→ [Einladung zur digitalen Veranstaltung](#)